Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 12

Artikel: Die Krise in Lateinamerika : der Unmut unter Demokraten

Autor: Herrero, Saulo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076962

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Krise in Lateinamerika:

Der Unmut unter Demokraten

Zu den Auswirkungen des amerikanischen Eingreifens in die dominikanische Krise gehört ein ernst zu nehmender Umschwung in der öffentlichen Meinung Lateinamerikas. Der Antiamerikanismus, der im Unterschied zu andern Weltteilen und entgegen einer häufigen Ansicht in diesem Kontinent an Boden verloren hatte, ist zu einem bestimmenden Element der politischen Haltung geworden. Vor allem hat die Explosion des Misstrauens gegenüber den USA auch die demokratischen Kreise erfasst. Dieser Erscheinung kommt innerhalb der gesamten Reaktion besonderes Gewicht zu. Denn die demokratischen Kräfte haben nicht nur stärkeren Anhang in der Bevölkerung als man gemeinhin annimmt, sondern stellen auch die gültige Alternative zum Castrismus dar, der sich selbst des Antiamerikanismus als strapaziertes Zugpferd bedient.

Tatsächlich waren die Schlagworte gegen die Vereinigten Staaten in der lateinamerikanischen Presse, mit Ausnahme der Zeitungen kommunistischer Tendenz, seltener geworden. Selbst wo die Aversion gegen den Einfluss und die wirtschaftliche Uebermacht des nördlichen Kontinents vorhanden war, hatte man die politische Sterilität einer blossen Anti-Yankee-Haltung weitgehend erkannt und begann, ihren emotionellen Grundlagen realpolitische Ueberlegungen entgegenzustellen.

Im jetzigen Aufbegehren gegen Washington sind aber auch Kreise beteiligt, die man schwerlich des Kryptokommunismus bezichtigen kann. Der einzige Sektor der öffentlichen Meinung, der Stillschweigen bewahrt oder die Gründe der amerikanischen Intervention vehementer verteidigt als die Amerikaner selber, umfasst die Reaktionäre der Rechten. Sonst aber sind gerade die Autoren, die der kommunistischen Subversion durch Aufklärung entgegenwirkten, zur Analyse und Verurteilung des amerikanischen Eingreifens übergegangen. Und ihre Kommentare werden gerade von demokratischen Teil der Oeffentlichkeit gelesen, der keineswegs der geringste ist. Denn er setzt sich immer durch, wenn er in freien Wahlen dazu die Möglichkeit hat.

Santo Domingo und Budapest

Die Kritik an Washington drückt sich meist in einem Unmut aus, der die Proportionen verschiebt. Dazu würden sich aus der lateinamerikanischen Presse zahlreiche Beispiele finden lassen. Als besonders illustrativ gebe ich hier einen Kommentar der venezolanischen Zeitung «La Republica» wieder:

«Die nordamerikanische Besetzung lässt sich auf keine Art rechtfertigen. Das Vorgehen einer Militärmacht gegen eine schwache Nation gibt den andern Nationen kein Recht, ihrerseits gleich zu handeln. Wer mit dem Falle Ungarns argumentiert, vergisst die Geschichte und gibt sich keine Rechenschaft über die moralischen Konsequenzen. Denn die Geschichte berichtet uns lange vor dem Fall Ungarn von USA-Besetzungen in Lateinamerika. Man hatte darnach an einen grundlegenden Wechsel in der Politik der Vereinigten Staaten gedacht. Wir hielten dieses Land für unser moralisches Vorbild. Das alles ist jetzt zusammengestürzt.

Das Selbstbestimmungsrecht der lateinamerikanischen Völker muss bis zum äussersten respektiert werden, wenn wir in Eintracht zusammen leben wollen. Das gilt bis zum Augenblick, da uns eine Macht, gehöre sie nun unserer Hemisphäre oder einem andern Kontinent an, unsere Unabhängigkeit rauben wollte. In diesem Fall könnten wir Verteidigungsallianzen bilden. Solange man aber die Selbstbestimmung nicht achtet, wird sich irgend eine Bewegung, die auf fortschrittlichen sozialen Prinzipien gründet, nach Unterstützung durch ausländische Mächte umsehen, wenn sie überleben will. Das ist es, was man vermeiden muss, wenn man sich ein zweites Kuba ersparen will. Aber es geht nicht an, einseitig einzugreifen, um eine vermutete Sklaverei ... durch eine ausgewiesene Sklaverei zu ersetzen ... das heisst, Leute wie Bosch und Caamano durch Leute wie Trujillo und Wessin zu ersetzen.»

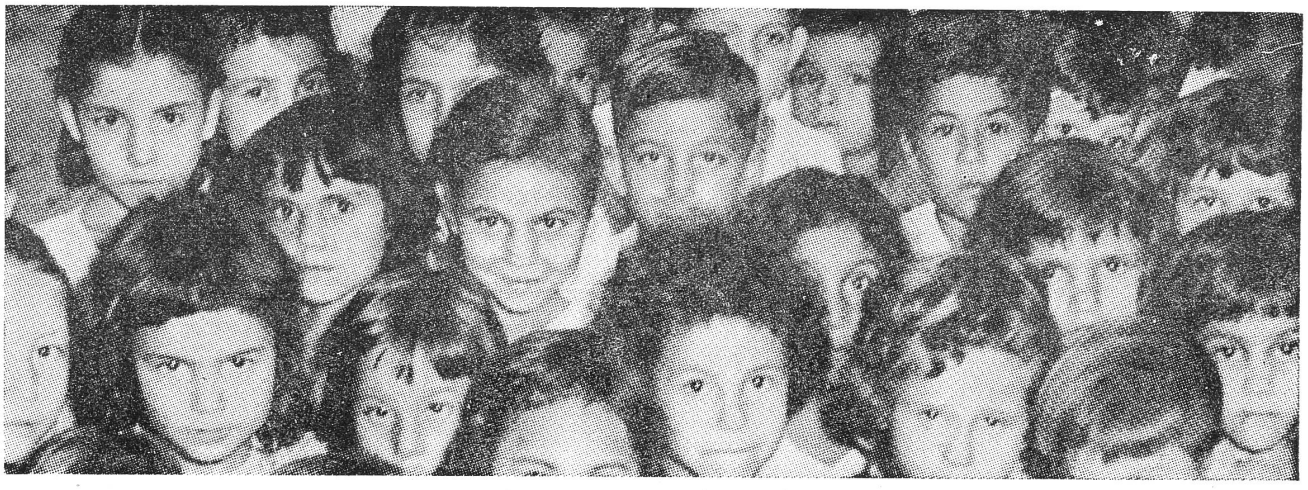
Die in diesem Falle erfolgte Gleichsetzung von Ungarn 1956 und Santo Domingo 1965 ist in der lateinamerikanischen Presse keineswegs vereinzelt. Ein anderer Kommentator verteidigte sogar die amerikanische Intervention in gewissem Sinne mit dem Hinweis, es sei für das Kräftegleichgewicht wichtig, die Einflusssphären intakt zu halten. Insofern hätten sowohl das sowjetische Eingreifen in Ungarn als auch das amerikanische Eingreifen in Santo Domingo ihre Berechtigung gehabt.

Auf jeden Fall aber werden die beiden Ereignisse in der lateinamerikanischen Oeffentlichkeit durchaus nebeneinander gestellt. Natürlich liesse sich die Schlüssigkeit der Vergleichspunkte schon von den Proportionen her anfechten, denn die Brutalität und das Ausmass des damaligen sowjetischen Vorgehens sind dem Charakter und dem Verhalten der amerikanischen Intervention in keiner Weise gleichzustellen. Ueberdies müsste ein Vergleich der beiden Dinge gerade in Lateinamerika einen Unterschied in den politischen Folgen einschliessen: Die lateinamerikanischen Völker konnten sich schon aus eigener Kraft der Rechtsdiktaturen entledigen. Der ungarische Befreiungsversuch endete aber nach dem sowjetischen Einrücken mit dem Sieg des Systems, gegen welches sich das Volk erhoben hatte. Bisher hat noch kein Land eine kommunistische Herrschaft abschütteln können.

Nationale und demokratische Selbsbestimmung

Von Interesse in den oben zitierten Absätzen, die wiederum für viele ähnliche Formulierungen stehen, ist die Erklärung, das

«Ich habe nichts angeschrieben. Das Haus ist baufällig.



70 Millionen Analphabeten warten in Lateinamerika auf Bildung. Wie zugänglich sind sie irrationalen Argumenten!

Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse «bis zum äussersten respektiert» werden. So einfach und nachachtenswert die Forderung zunächst anmutet, so unklar ist sie gerade in lateinamerikanischen Verhältnissen. Hier wie auch anderswo wird anscheinend die Meinung vertreten, dass ein Volk schliesslich auf Grund seines Selbstbestimmungsrechtes auch das Recht habe, sich für ein kommunistisches Regime zu entscheiden. Das mag als nationaler Selbstbestimmungsanspruch aufgefasst werden, aber was gilt bezüglich der Selbstbestimmung im Innern? Soll sie auf Grund der Machtergreifung durch die kommunistische Minorität zustandekommen oder auf Grund des Mehrheitsbeschlusses durch demokratische Spielregeln? Denn die KP kann in Südamerika nur durch Missachtung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der Völker an die Macht gelangen.

Wie weit ein solches Dilemma der Oeffentlichkeit bewusst ist, lässt sich schwer feststellen. So beanstandet der Autor des zitierten Artikels in seinen weiteren Ausführungen im Falle Trujillos gerade die Nicht-Intervention des Auslandes aufs heftigste. Jedenfalls scheinen nach der amerikanischen Intervention in der Dominikanischen Republik die emotionellen Konsequenzen gegenüber den rationalen Schlussfolgerungen an Gewicht gewonnen zu haben. Beim latent vorhandenen gefühlsmässigen Antiamerikanismus ist allerdings diese Reaktion nicht überraschend und wäre allenfalls auch vorauszusehen gewesen.

Amerikanisches Trauma?

Nun sind auch für das amerikanische Vorgehen selbst irrationale Gründe vermutet worden, um so mehr als die offiziellen Begründungen im Laufe der Aktion variierten. Sie hätte zunächst nur dem Schutze der USA-Bürger auf der Insel gegolten, dann der Gefahr eines kommunistischen Handstreiches mit dem Zweck, den Aufstand unter KP-Kontrolle zu bringen.

Demgegenüber hat man die These des amerikanischen Traumas angeführt, das die kubanische Erfahrung in der Psyche der Bevölkerung und ihrer Regierung hinterlassen habe. Oder es wurde die Unmutsreaktion einer Nation gesehen, die sich irritiert durch das Verhalten von Verbündeten und Unterstützten sozusagen einer schlechten Laune hingegeben habe und überhaupt dazu komme, auf die Weltmeinung zu pfeifen.

Nun mag die politische Entwicklung in Nordamerika zu einem gefühlsmässigen Isolationismus von gewissem Ausmass führen, der keineswegs auf die leichte Schulter zu nehmen ist. Aber was die konkrete Aktion von Santo Domingo angeht, so ist sie durch solche Erscheinungen allein nicht zu erklären.

Wenig stichhaltig ist auch die These, die USA unterstützten ganz einfach die reaktionären Kräfte der ihnen hörigen lateinamerikanischen Oligarchie, um die politischen und wirtschaftlichen Interessen Washingtons im südlichen Subkontinent solange als möglich zu erhalten. Gerade eine solche Politik liegt ja nicht im Interesse der Vereinigten Staaten, die das auch deutlich verstanden und erklärt haben. Immerhin stimmt es nachdenklich, dass dieser Vorwurf in Lateinamerika auch von demokratischen Politikern erhoben wird. Als Ausgangspunkt dient meist die Feststellung, dass die USA mit reaktionären Regimes schonend umgingen und erst dann aktiv würden, wenn sie die Möglichkeit einer kommunistischen Machtergreifung sähen. Natürlich wird die angebliche Sympathie Washingtons für die Reaktion auch als polemische Unterschiebung im traditionellen Antiamerikanismus verwendet.

Sehr strapaziert wurde auch der Begriff der Einflusszonen, und zwar bemerkenswerweise sowohl von nordamerikanischen wie auch von lateinamerikanischen Kommentatoren. Hier gilt es, in der Beurteilung das rechte Mass zu wahren. Tendenzen zu einem auf «Zuständigkeitsgebiete» ausgerichteten Denken gibt es zweifellos. Aber sie sind nicht einer Doktrin gleichzusetzen, und die Auseinandersetzung mit deren angeblichen Bestehen (im befürwortenden oder ablehnendem Sinn) kann damit der Sachlage nicht gerecht werden.

Vielschichtig bleibt schliesslich die These von der Gefahr eines kommunistischen Putsches innerhalb der aufständischen Bewegung. Sicher trifft es zu, dass die Ressentiments der Bevölkerung gegen die Gewalt, die ihrem demokratischen Verdikt für Juan Bosch angetan worden war, sehr weit hätte führen können, vielleicht sogar unkontrollierbar weit. Dass kommunistischerseits der Wille vorhanden war, diese berechtigten Ressentiments (die seinerzeit übrigens auch von Washington geteilt worden waren!) auszunützen, versteht sich, obwohl die KP sich bei den Wahlen als schwach erwiesen hatte.

Nur ist diese Situation so ziemlich für den gesamten Kontinent zutreffend, und gerade deshalb ist die dortige Reaktion auf die amerikanischen Massnahmen besonders «empfindsam» ausgefallen: Man witterte einen Präzedenzfall und die mögliche Ableitung eines weiter gezogenen Einmischungsrechts, das den kommunistischen Anschuldigungen erst recht Nahrung geben würde. Ein schädlicher Nebeneffekt des Antiamerikanismus ist erst noch zu nennen: Er gibt den vorhandenen reaktionären Kräften Gelegenheit, sich als einzige Freunde Washingtons aufzuspielen, und zwar auf Kosten der demokratischen Bewegung, die ausdauernd ihren mühsamen Weg zu gehen sucht.

Die falsche Alternative

Es ist an der Zeit, der Meinung entgegenzutreten, in Lateinamerika sei der Weg der Demokratie nicht gangbar, und es gelte lediglich zwischen Rechts- und Linksdiktaturen zu wählen. Eine solche «Realpolitik» gibt an, die Tatsachen zu berücksichtigen, beeinflusst sie aber in Wirklichkeit in negativem Sinne. Wer die Kräfte der Demokratie als illusorisch betrachtet, trägt dazu bei, sie illusorisch werden zu lassen. Der falsche Realismus ist um so weniger berechtigt, als sich gerade in Lateinamerika gezeigt hat, dass sich die Bevölkerung jedesmal für Kandidaten demokratischer Richtungen entschieden hat, sofern sie nur Gelegenheit hatte, sich frei zu entscheiden, was allerdings selten war.

Die Alternative «rot» oder «schwarz» führt in Lateinamerika über kurz oder lang zur Katastrophe. Die tatsächliche Alternative lautet «Diktatur oder Demokratie». Und das muss auch das Kriterium dafür sein, wen man zu unterstützen hat.

Saulo Herrero